

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 14. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2020)

zum Thema:

**Klimanotstand in der Europäischen Union**

und **Antwort** vom 23. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Jan. 2020)

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 22146

vom 14.01.2020

über **Klimanotstand in der Europäischen Union**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Medienberichten zufolge wurde vom EU - Parlament für die gesamte Europäische Union der Klimanotstand ausgerufen.

1. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Menschen mit Fluchterfahrung und Asylbewerber aus diesem Notstandsgebiet zu evakuieren, da gerade bei Menschen mit Fluchterfahrung durch den nun wiederholten Aufenthalt in einem Notstandsgebiet traumatisiert werden können? Falls keine Maßnahmen ergriffen werden, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Bevölkerung zu schützen und aus dem Notstandsgebiet zu evakuieren? Falls keine Maßnahmen ergriffen werden, warum nicht?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um den Berliner Senat, Behörden und die Bundesregierung aus dem Notstandsgebiet zu evakuieren? Falls keine Maßnahmen ergriffen werden, warum nicht?
4. Falls keine Evakuierung aus dem Notstandsgebiet geplant ist, findet der Berliner Senat das dann nicht verantwortungslos gegenüber den Einwohnern, dass diese in einem Notstandsgebiet ausharren müssen?

Zu 1. - 4:

Unter Hinweis auf die umfangreichen wissenschaftlichen Nachweise für die schädlichen Auswirkungen des globalen Klimawandels hat das Europäische Parlament am 28. November 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Mit seiner mit großer Mehrheit gefassten Entschließung hat das Europäische Parlament die Eindämmung der Erderwärmung zur Priorität erklärt und die Kommission, die Mitgliedstaaten und die globalen Akteurinnen und Akteure aufgefordert, mehr für den Klimaschutz zu tun ([https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0078\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0078_DE.html)).

Berlin, den 23.01.2020

In Vertretung

Gerry Woop  
Senatsverwaltung für Kultur und Europa